**PRESSEMITTEILUNG**

## **Europäischer Vorschlag für eine Finanztransaktionssteuer (FTS) zielt unverhältnismäßig stark auf EU-Bürger und weniger auf Finanzinstitute ab**

**Brüssel, 21. Januar 2019** - Bereits 2013 hat BETTER FINANCE klar seine Unterstützung für eine europäische Finanztransaktionssteuer (FTS) mit ihrem erklärten Hauptziel zum Ausdruck gebracht, „*[sicherzustellen], dass Finanzinstitute einen fairen und substanziellen Beitrag zur Deckung der Kosten der jüngsten Krise leisten ... und die Realwirtschaft, KMU, Haushalte usw. abschirmen“*.

Gleichzeitig [äußerte BETTER FINANCE erhebliche Bedenken an dem im Februar 2013 von der Europäischen Kommission vorgelegten Vorschlag für eine Finanztransaktionssteuer](https://betterfinance.eu/publication/ftt-the-european-proposal-does-not-meet-its-objective-eu-citizens-are-likely-to-pay-instead-of-banks/), da er das gesetzte Ziel nicht erreichen würde und es wieder einmal die EU-Bürger und nicht die Finanzinstitute sein würden, die für den Großteil dieser Finanztransaktionssteuer aufkommen müssten.

Statt Transaktionen zwischen Finanzinstituten ins Visier zu nehmen, wie dies dem lobenswerten Ziel der Finanztransaktionssteuer gerecht werden würde, zielt der aktuelle Vorschlag erneut auf die EU-Bürger als Sparer und Endanleger ab, während die Finanzindustrie ungeschoren davonkommt.

Eine echte Finanztransaktionssteuer, die dem Anspruch genügt, auch die Finanzinstitute zum Schutz der Realwirtschaft und der EU-Bürger in die Pflicht zu nehmen, müsste Devisentransaktionen, insbesondere Devisenderivate, sowie andere Derivate besteuern, anstatt sich auf den Handel mit börsennotierten Aktien und Anleihen zu konzentrieren.

Mit einem Transaktionsvolumen von mehr als einer Billiarde Dollar pro Jahr – bzw. mehr als [5 Billionen Dollar](https://www.investopedia.com/ask/answers/052715/how-big-derivatives-market.asp) pro Tag – ist der Devisenmarkt (der sich überwiegend aus Devisenderivaten zusammensetzt) der bei Weitem größte Finanzmarkt der Welt, der alle anderen Märkte in den Schatten stellt. Im Vergleich dazu ist der viel bekanntere Weltaktienmarkt nur einen Bruchteil – etwa 5 % – des Devisenmarktes wert. Dennoch wäre der größte aller Finanzmärkte und die privilegierte Spielwiese der Finanzinstitute von einer Finanztransaktionssteuer nicht betroffen und ist bis heute völlig undurchsichtig und weitgehend unreguliert. Das Gleiche gilt – zu einem geringerem Grad – für Zinsderivate, die nicht von Bürgern, sondern in der Regel ebenfalls von Finanzinstituten gehandelt werden. Eine Finanztransaktionssteuer, die auf diese gigantischen professionellen Märkte anstatt auf Aktienmärkte abzielt, würde viel höhere Steuereinnahmen einbringen und sicherstellen, dass nicht erneut die EU-Bürger zur Kasse gebeten werden.

Sechs Jahre später wird das Thema Finanztransaktionssteuer nach wie vor im Rat blockiert, obwohl nach einem [Vermerk Deutschlands vom Juni 2019](https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-10097-2019-INIT/en/pdf), in dem der Rat nachdrücklich aufgefordert wurde, die Verhandlungen wieder aufzunehmen und die in Frankreich bereits bestehende Finanztransaktionssteuer als Grundlage heranzuziehen, erneut Diskussionen stattfanden.

Leider wird im deutschen Vorschlag keines der Probleme in Verbindung mit der Finanztransaktionssteuer, die von BETTER FINANCE bereits 2013 angesprochen wurden, in Angriff genommen. Kurz gesagt, die vorgeschlagene Finanztransaktionssteuer würde eine Steuer von 0,2 % auf alle Aktiengeschäfte im Wert von mehr als 1 Milliarde Euro erheben, wobei Forex-Transaktionen sowie der Handel mit Anleihen und Derivaten und der Hochfrequenzhandel davon nicht betroffen wären.

Nach den [Worten des Europaabgeordneten Sven Giegold (Grüne)](https://www.ibtimes.com/germany-launches-new-plan-eu-financial-transaction-tax-2882762) ist dieser absurde Vorschlag einer FTS „*keine echte Finanztransaktionssteuer, sondern eine Farce“* und würde am Ende von „*Kleinanlegern“* bezahlt werden. Selbst die vorgeschlagene Schwelle von 1 Milliarde Euro ändert nichts an dieser Realität, da die von Investment- und Pensionsfonds gezahlte Steuer einfach auf den Endnutzer abgewälzt werden würde: die langfristigen Sparer und privaten Anleger.

In diesem Sinne fordert BETTER FINANCE die europäischen Behörden auf:

* EU-Bürger (d. h. nicht-professionelle Privatanleger) unmissverständlich von der FTS zu befreien;
* die Ausnahmeregelung für den größten Finanzmarkt der Welt, d. h. den Devisen- oder Devisenkassamarkt, aufzuheben;
* sicherzustellen, dass sämtliche Hochfrequenzhandelsgeschäfte (HFT) und Over-The-Counter-Geschäfte (OTC) in den Geltungsbereich der FTS einbezogen werden;

massive Aufsichtsarbitrage und Steuerhinterziehung zu vermeiden, indem alle EU-Mitgliedstaaten und alle wichtigen Finanzzentren in den Anwendungsbereich einbezogen werden.

\*\*\*

Kontakt: Leiter der Kommunikationsabteilung ǀ Arnaud Houdmont ǀ +32 (0)2 514 37 77 ǀ houdmont@betterfinance.eu